Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 22 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 271. Montag den 28. September 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das von Frau **Amalie Friederike verw. Falke geb. Landmann** gestiftete Stipendium für einen dem Königreich Sachsen angehörenden Studirenden der Rechte auf hiesiger Universität soll von Ostern ds. Js. an **auf drei Jahre** vergeben werden und zwar zunächst an einen **Nachkommen** des Kaufmanns **Christian Gottfried Landgraf** in Hohenstein und erst in Ermangelung eines solchen an einen anderen auf hiesiger Universität die Rechte Studirenden.

Bewerber um dieses Stipendium fordern wir auf, bez. bei Verlust ihres Anspruchs **bis zum 15. October ds. Js.** unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse und Nachweise schriftlich bei uns sich anzumelden.

Leipzig, den 17. September 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Erd- und Macadamisirungsarbeiten in der Verlängerten Yorkstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Erd- und Macadamisirungsarbeiten in der Verlängerten Yorkstraße"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 6. October 1885, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Leipzig, am 25. September 1885.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 21. dieses Monats, die Auffindung eines **unbekannten Leichnams** betreffend, durch Recognition desselben.

Leipzig, am 26. September 1885.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. Vogler.

Nichtamtlicher Theil.

Zur deutsch-spanischen Streitfrage.

Der Streit zwischen Spanien und Deutschland ist auf dem Wege, ausgeglichen zu werden, die Angelegenheit wegen der Beschimpfung des deutschen Wappens am Gesandtschaftsgebäude in Madrid ist erledigt, die spanische Regierung hat sich in einer Form entschuldigt, welche in Berlin als zufriedenstellend anerkannt worden ist, und auch die bisher von Spanien als etwas ganz Unmögliches erklärte Schiedsrichterfrage ist auf dem Puncte angelangt, wo es sich entscheiden muß, ob die spanische Regierung sich direct mit der deutschen über die Karolinenangelegenheit verständigt, oder es auf einen Schiedsspruch ankommen läßt.

Das ist ein Lauf der Dinge, welcher noch vor drei Wochen nicht für möglich gehalten wurde. Spanien war vollständig verrannt in den Gedanken, daß Deutschland an ihm eine schnöde Rechtsverletzung begangen habe und schien bereit, die Regierung, welche ihr nicht den Willen that, und Deutschland den Krieg erklärte, zu stürzen. Nicht nur in Frankreich, sondern auch bei uns sah man die Sachlage in Spanien als für das Königthum daselbst sehr bedenklich an und eine Revolution, welche Alfonso den Thron gekostet hätte, würde bei uns kaum überrascht haben. Aber Alfonso hatte das rechte Mittel gewählt, um die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden, er fand zwar, daß das Recht auf Seiten Spaniens sei, aber er bestand trotzdem darauf, daß erst der Versuch gemacht werden müsse, mit Deutschland auf diplomatischem Wege zum Ziele zu gelangen. Dadurch war Zeit gewonnen, und das war das Wichtigste. Gefährlich war dieser Entschluß des Königs immerhin, denn er wagte es, die Ungeduld der leidenschaftlich erregten Spanier zu zügeln, und das war eine Zumuthung an ihre Vernunft, welche leicht ihren Widerstand hervorrufen konnte. Aber Alfonso drang durch, weil die Armee fest blieb, und daß sie fest blieb, ist den langjährigen Bemühungen des jungen Königs zu verdanken, den undisciplinirten rohen Haufen, welchen er im Jahre 1874 in Spanien vorfand, in eine Armee von modernen Begriffen zu verwandeln. Zwar ist der Geist des Aufruhrs in der spanischen Armee noch immer nicht beschworen, der Fall des Generals Salamanca ist in dieser Beziehung bezeichnend genug, aber Generale wie Pavia, Quesada und die Marschälle Jovellar und Campos haben die Oberhand und dadurch wurde es möglich, die unzuverlässigen Elemente in der Armee niederzuhalten.

Heute steht die Sache so, daß das Ministerium zum Sturze reif ist, aber der König hat das Heft in Händen, und die Männer, welche er an die Regierung berufen wird, haben die Aufgabe, die friedlichen Absichten des Königs zur Ausführung zu bringen.

Für die deutsche Regierung war es niemals zweifelhaft, daß die Karolinenfrage nicht zum Kriege mit Spanien führen werde, dagegen war die Wahl schwer, wem das Schiedsrichteramt übertragen werden sollte. England war zu sehr Partei in der Frage, denn diese Macht hatte ja schon im Jahre 1875 Schulter an Schulter mit Deutschland die spanischen Anmaßungen zurückgewiesen. Daß Frankreich nicht geeignet sein konnte, das Schiedsrichteramt zu üben, liegt auf der Hand und bei Italien waltete auch das Bedenken der Stammverwandtschaft mit den Spaniern vor, welche ja schon in der Presse bei Beurtheilung der Frage stark genug zum Ausdruck gekommen war. Es blieben von den Großmächten Rußland und Oesterreich übrig, aber beide Mächte stehen mit Deutschland in nahem Bündnißverhältniß und erschienen aus diesem Grunde ungeeignet. Wollte Deutschland also nicht an die Macht zweiten Ranges appelliren, so blieb nur das übrig, was in der That geschehen ist. Deutschland hat den Papst als Schiedsrichter vorgeschlagen und der Papst hat dem Vernehmen nach das ihm angetragene Amt angenommen. Auf den ersten flüchtigen Blick könnte es scheinen, als wenn damit die Frage auch zu Ungunsten Deutschlands entschieden wäre, denn welcher Grad von Unbefangenheit gebührt für das Oberhaupt der katholischen Christenheit dazu, um ein von einer katholischen Macht als unzweifelhaft erklärtes Recht als ein nur in ihrer Einbildung vorhandenes öffentlich anzuerkennen! Aber ganz so ist die Sachlage doch nicht aufzufassen. Der Papst nimmt als Oberhaupt der katholischen Kirche eine so hohe sittliche Autorität in Anspruch, daß er in rein menschlicher Beziehung als über den Parteien stehend erachtet werden muß. Und wenn dem auch in Folge der Unvollkommenheit, welche allen menschlichen Einrichtungen anhaftet, nicht so sein sollte, so ist doch der Fall so außerordentlich, wenn eine protestantische Macht den Papst zum Schiedsrichter aufruft, daß dieser sich die höchste Unparteilichkeit zur Pflicht machen muß bei Ausübung des Schiedsrichteramtes.

Zwischen Papst und Kaiser bestehen freundschaftliche Beziehungen; der beste Beweis für diese Thatsache ist der Besuch, welchen der deutsche Kronprinz im December 1883 Leo XIII. abgestattet hat. Daß wegen Besetzung des Erzbisthums Posen-Gnesen und wegen der Maigesetze noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, kann daran nichts ändern. Leo XIII. hat den sogenannten Culturkampf nicht hervorgerufen, sondern denselben von seinem Vorgänger Pius IX. überkommen, und wenn er noch nicht beendet ist, so liegt das weniger an dem Willen des gegenwärtigen Papstes, als an der Macht der jesuitischen Propaganda, von welcher er sich nicht vollständig losmachen kann. Aber in die katholische Welt ist dieser neueste Bismarck'sche Gedanke wie ein Blitz eingeschlagen, die Centrumspartei ist dadurch in ihrem Gleichgewicht gestört, sie weiß nicht mehr, wo aus und wo ein.

Und wenn der Streit zwischen Spanien und Deutschland auch ohne Mitwirkung der Regierung zu Regierung ausgeglichen werden sollte, so bleibt doch die Thatsache der Anrufung des Papstes als Schiedsrichter in einer das protestantische deutsche Kaiserthum betreffenden Streitfrage bestehen und diese Thatsache ist an sich so bedeutungsvoll, daß ihre Tragweite nirgends verkannt werden kann. Der Kern dieser weltbewegenden That liegt darin, daß dadurch der Streit um die Maigesetze in die zweite Linie gedrängt wird, daß er aus einer Machtfrage ersten Ranges und aus einer Existenzfrage der katholischen Kirche zu einem Streit der Meinungen gewöhnlicher Art herabgedrückt wird. Der Papst hat ja von jeher die erste Stelle unter den Machthabern der Erde beansprucht, die geistliche Macht hat von jeher für bevorrechtet gegolten als die weltliche. Durch die Uebertragung des Schiedsrichteramts an den Papst in einer rein politischen Angelegenheit wird dieser Anspruch bis zu einem gewissen Grade als berechtigt anerkannt und das muß die öffentliche Meinung in der katholischen Christenheit für die Sache erwärmen.

Fürst Bismarck hat damit auch den Weg gefunden für die Abgrenzung der kirchlichen von der weltlichen Macht. Pius IX. entschied die Frage in anderer Weise, er erklärte, daß durch die Taufe ihm die gesammte protestantische Christenheit angehöre und daß es nur Selbsttäuschung dieser sei, wenn sie glaubte, in ihrem religiösen Leben ohne den Papst bestehen zu können. Fürst Bismarck kehrt den Spieß um, er gesteht dem Papste eine ideale Macht auf politischem Gebiete zu, aber er beschränkt dieselbe auf diesem Gebiete auf das kirchliche Leben. Das Centrum vermischt beide Gebiete miteinander und schöpft aus der kirchlichen Macht des Papstthums seinen politischen Einfluß. Das ist ein unlösbarer Widerspruch, welcher der katholischen Christenheit zum Bewußtsein kommen muß. Ein freiwillig eingeräumter Einfluß idealer Natur auf die Gestaltung des Gesammtverhältnisses zwischen der Culturmenschheit kann dem Papste zugestanden werden, dagegen muß ihm der Einfluß auf die Gestaltung der staatlichen Verhältnisse der einzelnen Mächte, gleichviel ob sie protestantische oder katholische Bevölkerung haben, versagt bleiben, und darum müssen auch die Rechte der katholischen Kirche auf die Bekenner der katholischen Confession, auf das rein kirchliche Gebiet beschränkt bleiben. Das ist es, was Fürst Bismarck mit seinem neuesten genialen Gedanken der Welt zum Bewußtsein bringen wollte. *

* * *

Die königlich spanische Regierung hat aus Anlaß der am 4. d. M. vor dem Gebäude der kaiserlichen Gesandtschaft in Madrid vorgefallenen Excesse an ihren Berliner Vertreter die in Uebersetzung folgende (oben erwähnte) Note gerichtet:

Ew. Excellenz haben von den bedauerlichen Vorfällen Kenntniß erhalten, welche sich in der Hauptstadt in der Nacht vom 4. d. M. ereignet haben. Eine zügellose Volksmasse zog in Benutzung der Aufregung, welche die seitens des General-Gouverneurs der Philippinen am nämlichen Tage eingegangenen Nachrichten hervorgerufen hatten, in Schaaren nach dem von der deutschen Gesandtschaft bewohnten Hause und riß nach einem heftigen Kampfe mit den zum Schutze dort aufgestellten Polizei-Agenten das Wappen herab, um dann damit einen Theil der Stadt zu durchziehen.

Aus den Ew. Excellenz zugegangenen Schriftstücken werden Sie entnommen haben, daß die Regierung Sr. Majestät in der Voraussicht, die Angelegenheit der Karolineninseln könnte vielleicht den Vorwand zu Unruhen liefern, sich beeilt hat, die energischsten Maßregeln zu ergreifen, um in der Hauptstadt sowohl wie in den Provinzen die Gesandtschaft Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und die Kaiserlichen Consulate gegen jeden Angriff oder jede Beleidigung seitens Derjenigen zu schützen, die aus besonderen Motiven kein Mittel unversucht lassen würden, um einen internationalen Conflict von den unheilvollsten Folgen herauf zu beschwören.

Zum Unglück hat der Mangel an Energie des mit dem Schutze der deutschen Gesandtschaft in Madrid betrauten Polizei-Chefs und der das deutsche Consulat in Valencia bewachenden Polizei-Agenten die angeordneten Vorsichtsmaßregeln vereitelt.

Die Regierung Sr. Majestät hat, sobald sie von den Vorkommnissen Kenntniß erhielt, den Polizei-Chef, welcher die deutsche Gesandtschaft in Madrid bewacht hat, und die Polizei-Inspectoren, die mit dem Schutz des deutschen Consulats in Valencia betraut waren, ihres Amtes enthoben, da ihre Schwäche die Schuld an dem begangenen Excesse beizumessen ist. Gleichzeitig hat sie die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens angeordnet, demgemäß die gedachten Polizei-Agenten und ein gewisser Anastasio Alberrán Garcia, in dem der Anführer der in der Straße „Amor de Dios" begangenen Excesse vermuthet wird, sowie 15 zugleich mit Jenem verhaftete Individuen, wegen Theilnahme an den Ruhestörungen vor Gericht zu stellen sind.

Die Regierung Sr. Majestät hat die Ausschreitungen gegen die Vertreter einer Macht, mit welcher Spanien enge Beziehungen unterhält, lebhaft bedauert; sie verurtheilt dieselben in ausdrücklicher und formeller Weise und beauftragt Ew. Excellenz, dies zur Kenntniß des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten zu bringen, indem sie hofft, daß diese offenen und freundschaftlichen Erklärungen von der Regierung Sr. Majestät des Kaisers in demselben Geiste der Aufrichtigkeit und des Entgegenkommens werden aufgenommen werden, von dem die Regierung Sr. Majestät bei Uebermittelung derselben beseelt ist.

Auf Allerhöchsten Befehl theile ich Vorstehendes Ew. Excellenz zu dem bezeichneten Zwecke mit.

Gott erhalte ꝛc.

Madrid, den 10. September 1885.

José Elduayen.

An den Herrn Bevollmächtigten Minister Sr. Majestät in Berlin.

Zur Lage in Madrid wird der „National-Zeitung" von dort vom 23. d. M. geschrieben:

Die Fehler der spanischen Diplomatie sind in der That so zahlreich und so unglaublich groß, daß es dem wärmsten Freunde der spanischen Regierung schwer wird, an eine für Spanien günstige Beilegung der schwebenden Streitfrage zu glauben. Im hiesigen auswärtigen Amte hat die in deutschen Blättern zuerst wiedergegebene Note des englischen Gesandten in Madrid vom 14. November 1876, in welcher Layard mittheilt, der damalige Ministerpräsident Canovas habe in einer vertraulichen Unterredung versichert, daß Spanien niemals die Souveränität über die Karolineninseln in Anspruch genommen habe, außergewöhnliche Erregung hervorgebracht. Bei der spanischen Lotteriewirthschaft hat eben Niemand sich die Mühe genommen, das englische Blaubuch von 1882 zu lesen, so daß die dem spanischen Minister in den Mund gelegten Aeußerungen selbstverständlich nicht nach Veröffentlichung desselben officiell dementirt worden sind. Da 1882 Sagasta am Ruder war, richten sich die Anklagen der Conservativen gegen die Liberalen, welche es versäumt hätten, die Reclamation seiner Zeit zu machen. Die ministerielle „Epoca" widmet der Angelegenheit einen ausführlichen Artikel, in welchem sie auseinandersetzt, daß Layard den Ministerpräsidenten wahrheitswidrig verstanden habe. Canovas habe nur versichert, „daß die spanischen Behörden in den Gewässern und auf den Palo- und Karolinen-Inseln keine jurisdictionalen Acte vorgenommen noch autorisirt haben, weil die spanische Regierung dieselben für unvereinbar mit den thatsächlichen Zuständen der Karolineninseln gehalten hätte". Was Canovas dem englischen Vertreter gegenüber behauptet habe, sei nicht die Nichtgeltung der spanischen Souveränität de jure auf die Karolinen, sondern einzig und allein die Nichtausübung dieser Souveränität. Diese letztere Behauptung gilt ohne Zweifel nicht wenig, da die Spanier so jetzt gerade in ihren Noten von angeblicher effectiver Besitznahme so großes Wesen machten. Augenscheinlich befindet sich der spanische Ministerpräsident in einer Sackgasse: 1876 behauptete er, daß Spanien über die Karolinen de facto seine Souveränität ausgeübt hat, und 1885 bringt dasselbe Ministerium Documente herbei, um die Ausübung der spanischen Souveränität während des Besitzes der Karolinen zu beweisen! Die Erben der Cortes'schen frohlocken und ihre Organe, die sogenannte „Alerta" und das Blatt der Linken „Resumen", fordern das Cabinet auf, seine Demission zu geben, was natürlich nur eine Frage weniger Wochen sein kann, da dasselbe nach Innen und nach Außen seine Autorität verloren hat. Im eigenen Schoße gebärden sich die Anhänger des klerikalen Pidal so unbotmäßig, daß das officiöse Organ des Unterrichtsministers, die „Union", schon zweimal hat confiscirt werden müssen, und zwar beide Male bei Gelegenheit der Karolinenfrage.

Wahrscheinlich ist, daß das conservative Cabinet demnächst ein Rothbuch über die Beziehungen Deutschlands und Englands veröffentlicht, in welchem die auf die Zoll- und Karolinenfrage sowie die auf den modus vivendi mit England bezüglichen diplomatischen Documente zur Veröffentlichung kommen werden, und welches zu gleicher Zeit das politische Testament der Conservativen bedeuten soll. Im übrigen wird officiös versichert, daß die größten zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Benomar begonnenen Unterredungen den freundlichsten Charakter trägen und eine befriedigende Lösung der Frage erhoffen lassen.

Officiös wird zur Lage aus Berlin geschrieben: „Allem Anscheine nach hat der Papst seine Bereitwilligkeit zur Uebernahme der ihm angetragenen Vermittelung zwischen dem Deutschen Reich und Spanien in der Karolinenangelegenheit erklärt. Diese Vermittelung würde indessen erst dann Platz greifen, wenn sich eine directe Verständigung beider Theile nicht erzielen lassen sollte. Zunächst werden also die Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet fortgesetzt und ist, wie wir hören, die Hoffnung noch keineswegs aufgegeben, daß bei der Loyalität und Aufrichtigkeit der diplomatischen Beziehungen, die zwischen dem Deutschen Reich und Spanien obwalten, die Herbeiführung einer unmittelbaren Verständigung über den streitigen Gegenstand gelingen werde."

Leipzig, 28. September 1885.

* Der Bundesrath hielt am Freitag unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretairs des Innern von Boetticher eine Plenarsitzung ab. Der Herr Vorsitzende machte Mittheilung über die erfolgte Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrath und schlug vor, die Vorlage, betreffend die Ergänzung der Vorschriften über die Prüfung der Seeschiffer, den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für das Seewesen zu überweisen. Diesem Vorschlage wurde zugestimmt. Der Antrag Preußens und Hamburgs, wegen erneuter Anordnungen auf Grund des §. 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie und der Antrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Justizwesen, betreffend die Anwendung des durch das Gesetz vom 29. Mai d. J. abgeänderten Gesetzes über die Erhebung von Reichs-Stempelabgaben, wurden genehmigt. Mehrere erledigte Stellen bei Disciplinarkammern gelangten zur Wiederbesetzung. Endlich wurde über die Anträge Badens, betreffend die Zollbehandlung der gefüllt mit Mineralöl eingehenden Fässer, über die Zollabfertigung von Wollengarn, sowie über die geschäftliche Behandlung mehrerer Eingaben verschiedenen Inhalts Beschluß gefaßt.

* Die jüngste Rede Bennigsen's findet in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" folgende Würdigung:

Die auf dem Hannoverschen Parteitage der Nationalliberalen gehaltene Rede von Bennigsen's wird ihrer Bedeutsamkeit nach schon durch die Thatsache gewürdigt, daß die Organe aller Parteien sich fort und fort mit ihr beschäftigen und Stellung zu ihr zu gewinnen streben.

Diejenige der Centrumsorgane ergiebt sich von selbst aus der offenen Gegnerschaft, zu welcher sich Herr von Bennigsen bekannt und seine Parteigenossen aufgefordert hat. Wenn ihm aber zum Vorwurf gemacht wird, daß er nicht etwa umkehrend sich gegen die Fortschrittspartei resp. die „Deutschfreisinnigen" ausgesprochen hat, wie gegen den Ultramontanismus, so giebt die Behandlung, welche er auf dieser Seite erfährt, genugsam zu erkennen, daß man die Tendenz seiner Rede wohl verstanden habe. Um so schlimmer für diese Partei, daß sie, um sich im Ansehen zu behaupten, nichts Besseres zu thun weiß, als die Argumente zu verstärken, mit welchen die v. Bennigsen'sche Rede einen so mächtigen Eindruck auf die Zuhörer und Leser gemacht hat.

„Die Partei über Alles!" — Das ist im Grunde genommen die Antwort, welche der Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit gegeben wird.

Sie schallt aus der Anklage heraus, daß Herr v. Bennigsen, indem er Liberalismus und Conservatismus als sich ergänzende Factoren der politischen Entwickelung anerkennt — auf den Standpunkt eines „Liberalen" verzichtet habe; sie schallt aus dem Vorwurf heraus, daß er die Nation auf den Standpunkt des „Zeitungsleser-Unterthanenverstandes" zurückbringen wolle, weil er ein Zusammenwirken mit der Regierung zur Pflicht macht und das parlamentarische Ansehen nach dem Maß positiver Leistungen abschätzt. — Die Parteien über Alles! ist die freisinnige Losung, um — damit die parlamentarische Mühle fortklappern könne — die Opposition spielen zu müssen. Nur schüchtern und lebe vereinzelt mag sich der Gedanke hervor: ob es denn nicht politisch klug wäre, wenn auch die Opposition mit Bezeichnung ihrer politischen Ziele hervortreten könnte. Ein solches Gewissensbedenken wird sofort niederschlagen durch die Gegenmahnung, sich durch Theilnahme an der Arbeit des Gegenwart nicht die Zukunft zu verscherzen, welche entweder der freien Charakteren vorbehalten bleibt, welche zu Allem: Nichts sagen, denen „Alles, was besteht, — ist werth, daß es zu Grunde geht".

Wenn man sich aber nicht am wenigsten darüber erregen sollte, daß Herr von Bennigsen eine Parteiumbildung ins Auge faßt, welche mit Nothwendigkeit immer und überall da eintreten muß, wann und wo die vorhandene Parteibildung hinter der geschichtlichen Entwickelung zurückgeblieben ist; so ist es freilich unbegreiflich, daß die „Freisinnigen" Herrn von Bennigsen einen Vorwurf aus der liberalen Sache andichten können, während sie sich bereits mit dem Gedanken vertraut machen, bei den bevorstehenden Wahlen abermals einen Theil ihrer Mandate zu verlieren. Was spricht sicher für die Voraussicht des Staatsmannes als diese Befürchtung der Partei?

Es hilft eben nichts, mit den alten Schlagwörtern gegen den mächtigen Zug der Zeit zu kämpfen, welcher die großen geschichtlichen Thatsachen der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs nach allen Seiten hin für die realen Interessen nutzbar machen will und daher dem positiven Schaffen allein seine Sympathien zuwendet. Wie vorher das Heidelberger, so hat jetzt das Hannoversche Programm auf ein Arbeitsfeld verwiesen, welches nicht durch die Paragraphen der Parteiprogramme abgegrenzt, sondern durch die Rücksicht auf die allgemeinen Interessen bezeichnet wird und eben darum die Nation mehr und mehr in dem Entschluß bestärken wird, ihre Vertrauen nicht durch Parteinamen bestimmen zu lassen, sondern nach dem Antheil, welchen die Candidaten an der positiven Arbeit zu nehmen entschlossen sind.

* Die Presse des Centrums hat angekündigt, daß denjenigen Candidaten anderer Parteien, welche auf klericale Wählerstimmen rechnen, ganz bestimmte Fragen vorgelegt werden sollen, von deren Beantwortung ihre Unterstützung abhängig gemacht werden wird. Es ist dies eine Neuerung in der ultramontanen Wahltaktik, die von den wachsenden Prätentionen der Partei und der Zuversicht zeugt, ihren Schützlingen in anderen Parteilagern immer mehr zumuthen zu können. Früher pflegte sich das Centrum in solchen Fällen mit allgemeinen Erklärungen und etlichen wohlwollenden Phrasen zu begnügen. Jetzt sollen also ganz bestimmte Versprechungen gefordert werden. Welcher Art dieselben sind, wird noch nicht verrathen. Es werden aber jedenfalls die bekannten Windthorst'schen Anträge darunter sein, Straflosigkeit des Messlesens, Wiederherstellung der kirchenpolitischen Verfassungsartikel, Aufhebung des Expatriirungsgesetzes, vielleicht auch Beseitigung der Hindernisse, welche der Rückkehr der Jesuiten im Wege stehen, nachdem sich die Münsterer Katholikenversammlung mit solchem Eifer für diese Forderung erklärt hat; auch auf das Gebiet der Schule werden sich möglicherweise die indiscreten ultramontanen Fragen erstrecken. Man darf gespannt sein, wer bei diesem Examen besser bestehen wird, die Conservativen oder die Deutschfreisinnigen, von denen eine ganze Reihe, namentlich in Schlesien und im Regierungsbezirk Wiesbaden, nur durch ultramontane Unterstützung ihr Mandat besitzen. Im Allgemeinen überwiegt unverkennbar jetzt das Bestreben beim Centrum, der äußersten Linken vor der Rechten den Vorzug zu geben. Die „Kreuzzeitung" und ihre reactionäre Gruppe haben trotz aller Liebedienerei und Gunstbuhlerei bei den Ultramontanen noch nicht mehr erreicht, als von der klerikalen Presse unausgesetzt in der hochfahrendsten und schulmeisternd[illegible] Weise behandelt zu werden. Beim Centrum kommt ja überhaupt jetzt unversehens wieder die „schlechtere Tonart" zum Durchbruch; es wird sich darin bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten ein bemerkenswerther Unterschied gegen früher zeigen.

* Man schreibt uns aus Baden, 25. September:

Die Wahlen zum Badischen Landtag stehen nahe bevor; am 8. October beginnen die Wahlmännerwahlen. [illegible] stehenden Beobachter mag es scheinen, daß die Wahlbewegung nicht recht in Fluß gekommen sei, weil große lärmende Versammlungen bis jetzt nicht oder nur vereinzelt stattgefunden haben, und weil bis jetzt noch fast nirgends die Aufstellung der Candidaten erfolgte. Es hat dies eine andere Veranlassung. [illegible] können, die Vermählung des Erbgroßherzogs und der Prinzessin [illegible] großherzoglichen Paares in die Hauptstadt, die lange [illegible] in diesen Festen haben die Wahlbewegung zurückgedrängt [illegible] haben auch wohl viel von ihrer [illegible] diese Feste, bei denen das innige Verhältniß [illegible] und Volk zum lauten Ausdruck gekommen, [illegible] nicht die Parteien, so hat wenigstens die [illegible] der Wähler einander näher gebracht und Gegensätze [illegible], was unwerthin bei den Wahlen von Einfluß sein wird, [illegible] nur bezüglich der Kampfes- und Aufdrucksweise. Zwei [illegible] gleichenden Ereignisse ist jedoch von den Führern der Parteien [illegible] versäumt, um ihren Parteien zum Sieg zu verhelfen und die andern Parteien zu bekämpfen. Am rührigsten sind die Ultramontanen, welche schon seit langer Zeit durch eine Presse ꝛc., [illegible] Geistlichen die Wähler bearbeiten. Der Sieg der Ultramontanen würde wohl das badische Schulgesetz, d. h. den gemischten Schule, zur Abschaffung bringen, und in diesem Streben haben die Ultramontanen großen Beifall bei den Katholiken, denen die gemischte Schule nicht paßt. Unterstützung finden die Ultramontanen bei den Zentrumsleuten, welche in blindem Haß gegen den Nationalliberalismus an vielen Orten gemeinsam mit den Ultramontanen [illegible] vorgehen. Die Zentrumsleute und Ultramontanen [illegible] offen Bündniß. Die Erfolgen scheinen dann aber nicht [illegible] dadurch ihre eigenen Werke gestört; denn die Ultramontanen [illegible] haben fast die Bestimmung der von den Demokraten [illegible] mitgeschlossenen gemeinsamen Schritte [illegible] haben die Nationalliberalen einen harten Stand, [illegible] es der größten Anstrengung bedurfte, den [illegible] der Demokraten und Ultramontanen zu widerstehen. Der Kampf wird hoffentlich noch der heftigste Kampf [illegible] ein sehr harter werden, und wenn die Ultramontanen [illegible] Abschluß gefunden haben, welche das ganze badische Volk in [illegible] Jubel vereinigt, dann wird eine kurze, aber wohl die heftigste Wahlkampagne beginnen, welche die schroffen Gegensätze [illegible], die in Baden durch die Herrschsucht und [illegible] Ultramontanen entstanden sind. Hoffentlich gelingt es den Nationalliberalen, wenn auch nicht zu gewinnen, so doch den bisherigen Besitzstand zu behaupten.

SLUB
Wir führen Wissen.